

Pressemitteilung  
Berlin, 25. November 2025

## **Fossile Düngemittelproduktion in Deutschland ohne Zukunft**

### **Stiftung Klimaneutralität fordert nationale Quote und Differenzverträge für Umstellung auf grünes Ammoniak**

**Fossile Düngemittelproduktion in Deutschland hat keine Zukunft: Wenn der Standort wettbewerbsfähig bleiben und zugleich klimaneutral werden soll, muss die Produktion konsequent auf grünes Ammoniak umgestellt werden. Das zeigt eine neue Analyse der Deutschen Energie-Agentur (dena) im Auftrag der Stiftung Klimaneutralität, die in einem heute veröffentlichten Policy Brief zusammengefasst ist.**

Die Studie untersucht drei Wertschöpfungsrouten für grünes Ammoniak: eine vollständig in Deutschland angesiedelte Produktion, eine Route mit Wasserstoffimporten aus Spanien und eine Route mit Ammoniakimporten aus Namibia, das anschließend in Deutschland weiterverarbeitet wird. Das Ergebnis ist eindeutig: Die internationale Route über Importe, insbesondere aus Standorten mit exzellenten erneuerbaren Ressourcen wie Namibia, ist mit großem Abstand am günstigsten.

Rainer Baake, Direktor der Stiftung Klimaneutralität: „Die Düngemittelindustrie ist ein Schlüsselsektor der deutschen Industrie – und gleichzeitig stark von fossilem Erdgas abhängig. Wer diese Branche am Standort Deutschland halten will, muss sie so umbauen, dass sie bis spätestens Mitte der 2040er Jahre ohne fossile Brennstoffe auskommt. Dazu gehört, dass wir Ammoniak schrittweise vollständig auf erneuerbarem Wasserstoff und grünem Strom aufbauen und dafür gezielt internationale Partnerschaften nutzen.“

Während eine Produktion von grünem Ammoniak in Deutschland 2035 in der Größenordnung von rund 1.130 Euro pro Tonne liegen würde, kann Ammoniak aus Namibia zu etwa 693 Euro pro Tonne bereitgestellt werden – trotz Transport nach Europa. Selbst fossiles Ammoniak wäre 2035 mit etwa 716 Euro pro Tonne teurer als die Importvariante aus Namibia, vor allem wegen steigender CO<sub>2</sub>-Preise und anhaltend hoher Energiekosten in Europa.

#### **Zwei Instrumente im Mittelpunkt: Quote und Differenzverträge**

Damit der Umbau gelingt, schlägt die Stiftung Klimaneutralität zwei politische Instrumente vor: eine nationale Quote für grünen Stickstoffdünger und staatlich gestützte Differenzverträge (*Contracts for Difference, CfD*) für grünes Ammoniak.

Die Quote soll Inverkehrbringer von ammoniakhaltigem Stickstoffdünger ab 2031 verpflichten, einen wachsenden Anteil ihrer Produkte auf Basis von grünem Ammoniak zu vertreiben – Importe eingeschlossen. Vorgeschlagen wird ein Startniveau von 7 Prozent im Jahr 2031, ansteigend auf 70 Prozent im Jahr 2035. Die Quote schafft damit langfristige Planbarkeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von Erzeugungsprojekten in Partnerländern über Importinfrastruktur bis hin zur Düngemittelindustrie und Landwirtschaft in Deutschland.



Differenzverträge (CfD) sollen zugleich Investitionen in die erforderlichen Erzeugungsanlagen auslösen. Ein CfD gleicht die Differenz zwischen den zunächst höheren Kosten für grünes Ammoniak und dem Marktpreis für fossiles Ammoniak aus. Steigt der Marktpreis später über den vereinbarten Strike Price, zahlt der Betreiber die Differenz an den Staat zurück. So werden langfristige Abnahmeverträge ermöglicht, ohne die Nutzer dauerhaft mit Mehrkosten zu belasten.

Baake: „Die Quote sorgt für eine verlässliche Nachfrage nach grünem Ammoniak, der Differenzvertrag für Investitionen in die entsprechende Erzeugung. Zusammen schaffen beide Instrumente den Rahmen, damit die Düngemittelindustrie in Deutschland klimaneutral und wettbewerbsfähig bleiben kann.“

### **Beitrag zur europäischen Wasserstoff- und RFNBO-Quote**

Deutschland ist verpflichtet, die europäischen Vorgaben zur Nutzung erneuerbaren Wasserstoffs und seiner Derivate (RFNBO) in der Industrie zu erfüllen. Nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) sollen bis 2030 mindestens 42 Prozent und bis 2035 mindestens 60 Prozent des in der Industrie eingesetzten Wasserstoffs aus erneuerbaren Quellen stammen.

Da heute rund 80 Prozent des industriellen Wasserstoffs in Deutschland in der Ammoniakproduktion eingesetzt werden, kann eine nationale Quote für grünen Stickstoffdünger einen entscheidenden Beitrag zur Erfüllung dieser Verpflichtungen leisten.

### **Resilienz sichern: Teil der Ammoniakproduktion in Deutschland halten**

Trotz der Kostenvorteile internationaler Importe betont die Stiftung Klimaneutralität: Um geopolitische Risiken zu begrenzen und Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sollte ein Teil der Ammoniakproduktion in Deutschland transformiert und langfristig erhalten werden. Vorgeschlagen wird eine heimische „Sockelproduktion“ in der Größenordnung eines Viertels der deutschen Ammoniaknachfrage.

Diese inländische Produktion wird auch langfristig höhere laufende Kosten haben als die Importpfade. Um sie zu sichern, wird es neben der Quote und Investitionsanreizen daher voraussichtlich eine Form dauerhafter Betriebskostenförderung (OPEX-Förderung) brauchen – etwa über gezielte Beihilfeinstrumente für besonders systemrelevante Produktionskapazitäten.

Baake: „Wir dürfen nicht von einem fossilen Importpfad in einen erneuerbaren Importpfad wechseln und dabei wichtiges Know-How im eigenen Land verlieren. Eine kluge Industriepolitik kombiniert kostengünstige Importe mit einer widerstandsfähigen heimischen Produktionsbasis.“

### **Politischer Handlungsbedarf: ETS allein reicht nicht aus**

Der Europäische Emissionshandel (ETS) setzt zwar einen steigenden CO<sub>2</sub>-Preis, reicht aber nach Analyse der Stiftung Klimaneutralität allein nicht aus, um rechtzeitig den vollständigen Umbau der Düngemittelindustrie auszulösen. Große Teile der Emissionszertifikate werden derzeit noch kostenlos zugeteilt, zugleich endet die Versteigerung von Zertifikaten für die energieintensive Industrie bereits 2039. Ohne zusätzliche Maßnahmen drohen Investitionen in grüne Produktionslinien auszubleiben und Produktion in Länder mit schwächeren Klimastandards abzuwandern.

Die Stiftung Klimaneutralität kommt zu dem Schluss, dass eine nationale Quote für grünen Stickstoffdünger rechtlich grundsätzlich zulässig und mit europäischem und internationalem Recht vereinbar ist, sofern zentrale Prinzipien wie Verhältnismäßigkeit, Transparenz und Nichtdiskriminierung gewahrt



bleiben. Entscheidend ist dabei, dass die Quote am Herstellungsprozess und nicht an stofflichen Produkteigenschaften der einzelnen Düngemittelseinheit ansetzt.

**Weitere Informationen:**

Der Policy Brief „Leitmarkt für grünes Ammoniak: Baustein für eine klimaneutrale und wettbewerbsfähige Düngemittelindustrie“ steht zum Download zur Verfügung auf [www.stiftung-klima.de](http://www.stiftung-klima.de).

**Über die Stiftung Klimaneutralität**

Die Stiftung Klimaneutralität hat im Juli 2020 in Berlin ihre Arbeit aufgenommen. Ihr Ziel ist es, Wege zur Klimaneutralität aufzuzeigen. Sie entwickelt in enger Kooperation mit anderen Denkfabriken sektorübergreifende Strategien für ein klimagerechtes Deutschland. Auf der Basis von guter Forschung will die Stiftung informieren und beraten – jenseits von Einzelinteressen. [www.stiftung-klima.de](http://www.stiftung-klima.de)

**Pressekontakt:**

Michael Schroeren, Leiter Medien, Stiftung Klimaneutralität  
[presse@stiftung-klima.de](mailto:presse@stiftung-klima.de), Tel. +49 157 92343584